

Dresdner Nachrichten

Geegründet 1856

Drahtnachricht: Nachrichten Dresden.
Fernsprecher-Gemeinschaft: 25 241.
Für die Redaktion: 20 011.

Bezugs-Gebühr
Anzeigen-Preise.

Vertriebsstellen in Dresden und Weitzschen: 1. et. gewöhnlicher Zeitungswagen bei einmündiger Zustellung durch die Post (ohne Besondere) 5 40 Pf. monatlich 1 80 Pf. Die einmündige 57 von heute Juli 75 Pf. Bei Abnahme unter 100 Stück und Wohnungswagen, einmündiger An- und Verkauf 25 Pf. Sonntagspreis laut Tarif. Hausbesitzer-Kaufleute gegen Gewerbegebühren. Einzelnummer 10 Pf., Contingent 50 Pf.

Schließung und Hauptgeschäftsstelle:
Markenstraße 35/40.
Druck u. Verlag von Siegfried & Reichardt in Dresden.
Postfach-Nr. 10 395 Leipzig.

Abdruck nur mit beschrifteter Couvertangabe („Dresdner Nachr.“) möglich. — Inmündiger Schriftsteller werden nicht aufgenommen.

Ein Appell Hindenburgs an Foch.

Hindenburg an Foch.

Kolberg, 5. Juli. Offener und handschriftlicher Brief des Generalfeldmarschalls von Hindenburg an den Marschall Foch.

Großes Hauptquartier, Kolberg, 3. Juli 1919.
Herr Marschall!

Der Krieg ist beendet! Das deutsche Volk ist erschlossen, die schweren Bedingungen, die ihm durch den Frieden auferlegt worden sind, auf sich zu nehmen. Auch die Armee, an der Spitze ihre Offiziere, ist bereit, für die christliche Erfüllung dieses Friedens jedes, auch das härteste, persönliche Opfer zu bringen, sofern ihre Ehre hierbei nicht Schaden leidet. Allein ein Soldat, der nicht für seinen Obersten Kriegsherrn eintritt, dem er Mannestreu geschworen hat — ein solcher Soldat wäre dieses Ehrennamens nicht wert. Solange er die, solbatische Ehre auf der Welt noch etwas gilt, werden Feind und Freund diese Auffassung achten. Auch dieser Krieg hat trotz der Härte, mit der er geführt werden mußte, auf beiden Seiten Beispiele hohen sittlichen soldatischen Denkens und Empfindens gesetzt — Beispiele, die beweisen, daß die alten Kulturvölker gemeinsam soldatischen Ehrbegriffe nicht erloschen sind. Als diensthältester Soldat und zeitweise erster militärischer Berater meines Kaisers und Königs halte ich es für meine Pflicht, im Namen der alten deutschen Armee an Sie, Herr Generalissimo, als den Obersten Vertreter der Heere der alliierten und assoziierten Mächte diese Zeilen zu richten und Sie zu bitten, dafür einzutreten, daß von der Forderung der Auflösung Sr. Majestät des Kaisers Abstand genommen wird. Als höchster Führer einer Armee, die Jahrhunderte hindurch die Tradition einer soldatischen Ehre und ritterlicher Gesinnung als kostbares Gut gepflegt hat, werden Sie unsere Auffassungen zu würdigen wissen. Um diese schimpfliche Entlassung von unserer Waffe und unserer Armeen fernzuhalten, bin ich bereit, jedes Opfer zu bringen. An Stelle meines fallenden und königlichen Kriegsherrn stelle ich mich daher hiermit den alliierten und assoziierten Mächten mit meiner Person voll und ganz zur Verfügung. Ich bin überzeugt, daß jeder andere Offizier der alten Armee bereit ist, ein gleiches zu tun.

Genehmigen Sie, Herr Marschall, den Ausdruck meiner vorläufigsten Hochachtung.

Hindenburg, Generalfeldmarschall.
Abschiedsbrief des Preussischen Kriegsministers an Hindenburg.

Vor der Abreise des Generalfeldmarschalls v. Hindenburg von Kolberg, die am 4. Juli abends unter militärischen Ehrenbezeugungen und unter lebhaftester Anteilnahme einer dichtgedrängten Menge erfolgte, hatte, wie die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt, der in Weimar befindliche Kriegsminister durch einen Stabschef seines Stabes nachstehendes Schreiben den Herrn Generalfeldmarschall übergeben:

Berlin, den 2. Juli 1919.

Hochgeachteter Herr Generalfeldmarschall!
Das beifolgende Dankschreiben mit der Aufhebung der Mobilisierungsbefehle Ihrer Exzellenz beziehe ich mich im Namen der preussischen Armee zu begleiten mit der Versicherung des unauflöschlichen Dankes, den wir dem bewundernswürdigen, den vielerlei und vielerlei Soldaten, dem einseitig treuen deutschen Mann aus tiefstem Herzen entgegenbringen. Wenn endlich einmal wieder aus den jetzigen dunklen Wolken die Sonne hervorbrechen mag, dann wird sie die Großtaten des deutschen Volkes und Heeres heller und klarer wiedererkennen lassen, und dann werden auch die Führer den kommenden Geschlechtern als Vorbilder leuchten, an ihrer Spitze: unter Generalfeldmarschall v. Hindenburg! Möchte doch diese Sonne auch den Lebensabend Ihrer Exzellenz mehr Licht und Wärme spenden, als die Sturm- und Gewitterzeit und Deutschen bieten. Das ist unser heißer Wunsch in dieser Abschiedsstunde. Mit dem Ausdruck vornehmster Hochachtung und aufrichtiger Treue und Dankbarkeit habe ich die Ehre zu sein

Ihr ergebener
ges. B. Reinhardt,
Oberst und preuß. Kriegsminister.

Die Entschuldigung wegen des Zwischenfalls in Spa.

Berlin, 5. Juli. Der Vorsitzende der belgischen Mission in Spa General Delobbe hat am 4. Juli an General Freiherrn v. Hammerstein folgende Note geschrieben:

„In Verfolg Ihrer Note vom 2. Juli beziehe ich mich, Ihnen Abschrift des Berichtes zukommen zu lassen, den der Gendarmen-Hauptmann Dumont erhalten hat hinsichtlich des Inhalts der Note, die Sie infolge der Zwischenfälle vom 30. Juni abgefaßt haben und deren Inhalt ich ihm mitgeteilt habe.“

Um diese Zwischenfälle zu beurteilen, muß ich mich an den Wortlaut dieses Berichtes halten, der von einem Offizier erfaßt ist, dessen Bemühungen und guten Willen Sie anerkannt haben, wie dies schon am 30. Juni durch zwei Ihrer Offiziere (Major Brinkmann und Hauptmann Bucher) geschehen ist.

Der Bericht des Gendarmen-Hauptmanns Dumont legt den Zwischenfällen bei weitem nicht die schwerwiegende Bedeutung bei, die Sie ihnen zuschreiben. Die Volkswut, die sie verursachte, war nicht feindselig gesinnt, sondern nur durch eine Rundgebung angegert, die meines Erachtens die allein zuständige Gemeindebehörde hätte verhindern müssen.

Wie dem auch sei und wie geringfügig auch die Vorfälle gewesen sein mögen, ich kann nur der Ansicht des Vorsitzenden der Interalliierten Waffenstillstandskommission beitreten, daß die Zwischenfälle in höchstem Grade bedauerlich sind.

Ich werde meinerseits ebenfalls dafür sorgen, daß der Volkswut von Spa künftighin wirksamere Ordnungsmassnahmen erteilt.

Die Aufforderung, die Sie an mich richteten, wird der zuständigen Ortsbehörde übermittelt werden, die beurteilen wird, was in dieser Sache zu geschehen hat.“

Eine Note zum Schutz der Deutschen in den Ostprovinzen.

Berlin, 6. Juli. Die deutsche Delegation richtet in einer Note an Clemenceau die Aufmerksamkeit der Entente auf die bedrohliche Lage der Bevölkerung Lettlands und Litauens durch die lettisch-litauischen Kämpfe. Die Sorge der dortigen deutschen Bevölkerung bleibt auch trotz des abgebrochenen Waffenstillstandes und im Falle der Bildung eines Koalitionskabinetts infolge der Verhandlungen zurückgebliebener bolschewistischer Elemente und des nationalen Besitzes bestehen. Die deutsche Regierung schlägt daher Maßnahmen zum Schutze der bedrohten reichsbürgerlichen Bevölkerung vor. Es soll eine bestimmte Frist für die Räumung Lettlands von deutschen Truppen verabredet werden. Nach der Räumung soll die lettische Regierung bzw. die alliierten Kommissionen zum Schutze der Bevölkerung verpflichtet sein.

Die Krise in Weimar.

Die in Weimar ausgebrochene Regierungskrise mündet in den scharfen Gegensätzen, die sich zwischen Reichsregierung, preussischer Regierung und den Parteien in der Frage „Bundes- oder Einheitsstaat“ herausgebildet haben. Das Zentrum und die Reichsregierung drängen nach der Aufstellung Preußens, wogegen die preussische Regierung und die Vertreter des bundesstaatlichen Prinzips Front machen. Die Deutschnationale Partei hat demgegenüber einen bemerkenswerten Schritt vollzogen, indem sie durch ihren Antrag, den Verfassungskonflikt dementsprechend durchzuführen des einheitsstaatlichen Gedankens an den Ausschuss zurückzuverweisen, den bundesstaatlichen Gedanken in seiner heutigen Verzerrung preisgibt und angesichts der Unmöglichkeit, die Strömung der Preussens aufzuhalten, die Rettung nur noch in der strengen Verwirklichung des Einheitsstaates erblickt. Man glaubt, daß die Entscheidung der Krise etwa Mitte der Woche erfolgen werde.

Der Parteitag der Deutschnationalen Volkspartei findet, Sonnabend, 12. Juli, und Sonntag, 13. Juli, in Berlin im großen Saale der Philharmonie, Bernburger Straße 22, von vorm. 10 Uhr ab statt. Aufnahmestelle für den Parteitag ist die Hauptgeschäftsstelle der Partei, Bernburger Straße 24.

Die Streiklage im Reich.

Hannover, 6. Juli. Zur Streiklage erfahren wir, daß sich dieselbe gegen gestern nicht wesentlich verändert hat. Die Jäger nach und von Berlin werden aber Debitsele-Braunshweig-Hildesheim geleitet, da die Streike über Lehre von den Streikenden gesperrt ist. Die Jäger nach Hamburg gehen über Soltau. In einer heute vormittag von der Streikleitung nach der Stadt Halle einberufenen, von etwa 6000 Personen besuchten Versammlung wurde eine Entschädigung angenommen, nach der gestern abend 7 Uhr Verhandlungen angeknüpft werden sollten zwischen den Streikenden der Eisenbahndirektion, dem Schlichtungsausschuss, Vertretern des Reichsrats von Hannover und Linden und Vertretern des Gewerkschaftsrates.

Vorläufiger Abbruch des Frankfurter Streiks.

Frankfurt a. M., 6. Juli. Eine große Versammlung der streikenden Eisenbahner beschloß heute nachmittag, den Streik abzubrechen, und nahm dazu auf Grund der von den Vertrauensleuten in verschiedenen Versammlungen gefaßten Beschlüsse eine Resolution an, worin es heißt: Der Abbruch des Streiks wird empfohlen, die Forderungen werden aufrechterhalten und die gesamte Kollegenschaft wird aufgefordert, sich für eine Einheitsaktion bereitzuhalten.

Frankfurt a. M., 5. Juli. Die Streikleitung teilt über Erleichterungen im Eisenbahnbetrieb während des Streiks mit: Es ist Vorsorge getroffen, daß den allerdingendsten Reisebedürfnissen Rechnung getragen wird. Zu diesem Zwecke werden Sammeltransporte zusammengestellt, mit denen Reisende, die in Frankfurt a. M. ihre Fahrt unterbrechen mußten, weiter befördert werden. Zu diesen Transporten sind auch Personen zugelassen, die wegen Todesfällen, Erkrankungen oder sonstigen dringenden Gründen aus Frankfurt a. M. abreisen müssen. Damit kein Mißbrauch mit dieser Vergünstigung getrieben wird, ist im Hauptbahnhof eine Prüfstation eingerichtet worden, in der die Reisenden nach Vorlegung ihrer Personalausweise Fahrscheinigungen erhalten. Diese Sammeltransporte werden in Sonderzügen, die nach allen Richtungen gehen, befördert. Auch die Fernsonderzüge, sowie die Lokalt- und Kriegszugangenzüge erhalten Passierfreiheld. Ebenso werden auch die zahlreichen in Frankfurt a. M. eintreffenden Durchzüge aus Elsaß-Lothringen weiter befördert.

Darmstadt, 6. Juli. Die hiesigen Eisenbahner beschloßen, heute nachmittag die Arbeit sofort wieder aufzunehmen.

Breslau, 6. Juli. Die Breslauer Eisenbahner, unter denen in den letzten Tagen für einen Sympathiestreik für Frankfurt agitiert worden war, sprachen sich heute in einer Versammlung mit großer Mehrheit gegen die Erneuerung des Streiks aus. Der jahrelange mühsame Verkehr bleibt ohne Störung bestehen.

Großfeuer im Bahnhof Wehra.

Wehra, 6. Juli. Seit 10 Uhr nachmittags brennt die einhundert Meter lange Güterhalle des Hauptbahnhofes Wehra lichterloh, mit ihr mehr als hundert Eisenbahnwagen. Fortgesetzt explodieren feuergefährliche Güter, wie Benzin, und der wühende ungestüme Wind treibt die Funken den Personenwagen zu und gefährdet auch diese. Die Entschärfung ist noch unbekannt.

Bevorstehender Zusammenbruch der ungarischen Räteregierung.

Von unserem Budapestener Mitarbeiter.

Die Aufrechterhaltung des bewaffneten Widerstandes der ungarischen Räteregierung gegenüber den Truppen der „assoziierten“ Mächte ist nur mehr eine Frage von Tagen. Die jüngsten Erklärungen des ungarischen Armeeoberkommandanten Böhm, sowie des Volksbeauftragten Bela Kun zeigten zur Genüge, daß selbst die maßgebendsten Kreise das Vertrauen dazu, aus der gegenwärtigen Situation mit halbwegs heiler Haut herauszukommen, vollkommen eingebüßt haben. Die Stimmung der „Siegreichen“ Truppen ist nach den Ausführungen der vorerwähnten Volksbeauftragten alles eher, als eine gehobene; in Budapest geistert der Defatismus um sich; der Nachschub der Truppen leidet unter dem Verlassen des Hinterlandes, dessen die Räteregierung in ihrer Besamtheit absehende Haltung immer offener zum Ausdruck kommt. Der Beschluß des ungarischen Rätekongresses auf allgemeine Mobilisierung ist nicht weiter als lächerliche Grobzererei kurz vor dem allgemeinen Zusammenbruch.

Die Ursache dieser Mißerfolge sind Schwie- rigkeiten in der Ernährung. So weit hat eine Räteregierung in sieben Monaten die Kornkammer Europas herunterbringen können, daß diese heute vorm Hungerstern steht. Am ärgsten getroffen ist natürlich die Landeshauptstadt Budapest. Die Ernährungsverhältnisse in der ungarischen Hauptstadt haben sich in den letzten Wochen unerträglich gestaltet. Die Bemühungen der Regierung, die Provinz zur Beschaffung der Budapestener Lebensmittelmärkte zu veranlassen, sind bisher erfolglos geblieben. Die Provinz läßt vollkommene passive Resistenz, nur selten gelingt es einem örtlichen Direktorium, die Bauernschaft zur Abwendung kleinerer Lebensmittelmengen zu bewegen. Die Uebererschüsse des Bauern werden zum großen Teil von der im Felde befindlichen Roten Armee aufgezehrt. Die Produktion der sozialisierten landwirtschaftlichen Betriebe ist weit hinter der Erwartung zurückgeblieben. Außerdem ist der Bauer so sehr mit Geld überflutet, daß neben seinem Doh gegen das rote Budapest auch noch die Bequemlichkeit mißspielt. Die von der Räteregierung geplante Taxation, wonach die Bauern für ihre Produkte Waren erhalten sollen, ist durch den chronischen Warenmangel der Räterepublik zum Scheitern bestimmt.

Es darf gefolgert werden, daß unter den inneren Schwierigkeiten des Lebensmittelens der Räteregierung das größte Kopfzerbrechen verursacht. Der Volksbeauftragte für Ackerbau erklärte, daß die Ernährungsverhältnisse überaus schlecht stehen, daß nur mit einem Drittel der bisherigen Nation pro Kopf zu rechnen ist und daß auch dieses Drittel nur dann zu ernähren sein wird, wenn von der Regierung organisierte bewaffnete Scharen es den Produzenten mit Gewalt entziehen. Das sind die Zukunftsaussichten für die Ernährung der ungarischen Hauptstadt.

Charakteristisch ist es, daß auch die Judenheit, welche die Hauptstütze der Räteregierung bisher gebildet hat, voraussetzt, daß die Herrschaft der Räteregierung nicht mehr lange dauern kann, und daß sie vorsichtigerweise davon geht, sich durch einen Massenübertritt zum Christentum dem befürchteten großen Pogrom in ganz Ungarn zu entziehen. Bei den Budapestener Pfarren stehen Juden in ganzen Reihen angefaßt, um sich zum Uebertritt zu melden; Mitte Juni erfolgten in Budapest allein an einem einzigen Tage 700 Uebertritte. Diese Kreise befürchten eben, daß beim nahen Sturz der ungarischen Räteregierung sich die Volkswut wegen der begangenen Greuelthaten hauptsächlich gegen die Juden kehren und in blutigen Pogromen offenbaren werde. Die nächsten Wochen werden jedenfalls in Budapest und Ungarn große Uebertritte bringen.

Die Entente und Ungarn.

Wien, 5. Juli. Wie die Blätter aus Budapest melden, haben alle Entente-Kommissionen am Dienstag Budapest verlassen. Es besteht keinerlei Verbindung der Alliierten mit der Räterepublik mehr. Entgegen den Abstreitungen des offiziellen ungarischen Korrespondenz-Bureaus erklärt der aus Budapest in Wien eingetroffene italienische Militärbevollmächtigte, daß er persönlich Augenzeuge von der Erschießung von über 50 unbewaffneten Zivilisten in Budapest gewesen sei, darunter befanden sich auch Frauen.

Budapest, 6. Juli. (Waldung des ungarischen Telegraphen-Korrespondenz-Bureaus.) Das Standgericht verurteilte die anlässlich der Vorkälle in den letzten Junitagen in Gefangenschaft geratenen 253 Soldaten des Budapestiner Akademie zu Zwangsarbeit. Nach Ansicht des Standgerichtes waren die Angeklagten nur Mittel in der Hand anderer.

Ungarischer Plan einer Eroberung Wiens.

Wien, 6. Juli. Der „Neue Tag“ veröffentlicht nach angeblich authentischen Dokumenten, die aus der ungarischen Gesandtschaft in der Bankgasse stammen sollen, einen ausführlichen Plan zur Eroberung Wiens durch eine kommunistische Streitmacht aus Ungarn, welche über 14 500 Gewehre und Karabiner, 200 Maschinengewehre und 150 Geschütze verfügen sollte. Ein Panzergrenadier und Dynamit umfassenbes Depot von ihr befand sich in der Bankgasse. Es war ein genauer Plan zur Befestigung jedes einzelnen Wiener Bezirks ausgearbeitet.